

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

35. Sitzung
14. Februar 2019

Beginn: 13.00 Uhr
Schluss: 15.35 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Regina Kittler (LINKE) fragt nach der Auslastung des Stipendienprogramms für Studierende, die in die Lehramtsausbildung wechselten. Inwieweit sei das Programm mit 100 Plätzen ausgelastet?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) antwortet, es hätten sich 32 Studierende beworben, abgelehnt worden seien 7. Von den 25 hätten 3 sich zurückgezogen, 22 hätten den Zuschlag bekommen. Das Programm habe kurzfristig aufgestellt werden müssen. Es habe noch nicht richtig beworben werden können. Man gehe von einer höheren Zahl im nächsten Wintersemester aus.

Regina Kittler (LINKE) fragt, ob ggf. nach der nächsten Ausschreibung übrigbleibende Mittel an andere Studierende im Mangelfachbereich weitergegeben werden könnten.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) sagt, er gehe davon aus, dass das Stipendium ausreichend nachgefragt werde. In Mangelfächern studierten tausende Personen. Dort hätte man nicht dieselbe Steuerungslogik.

Paul Fresdorf (FDP) fragt, wie der Senat die derzeitige Situation an der Bäke-Grundschule infolge der MUR-Sperrung unter Aspekten wie Brandschutz, Reinigung, Datenschutz und Lärmbelästigung bewerte. Wie wolle er die Abstellung der Mängel sicherstellen, um die Qualität des Unterrichts nicht zu gefährden?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) erwidert, man habe den zuständigen Bezirk um Stellungnahme gebeten: Am Brandschutz habe sich nichts geändert. Zum Datenschutz könne der Bezirk nicht Stellung nehmen. Zur Lärmbelästigung lägen dem Bezirk keine Meldungen vor. Eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz sei nicht vorgenommen worden, eine solche sei nicht erforderlich. – Der Senat halte die Situation für unbefriedigend.

Tommy Tabor (AfD) legt dar, dass momentan unter dem Titel „Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung“ in den Räumen der Amadeu-Antonio-Stiftung eine Tagung stattfindet, die von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung finanziell gefördert werde. Opferverbände kritisierten, dass es sich um eine Verhandlung mit agitatorischem Charakter handle, die nicht hinreichend öffentlich bekannt gemacht worden sei. – Wer sei offizieller Veranstalter? Sei das Transparenzgebot eingehalten worden? Sehe der Senat hinsichtlich des Programms und des Einladungstextes das Neutralitätsgebot verletzt?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) antwortet, Veranstalter sei die Amadeu-Antonio-Stiftung. Das Transparenzgebot sei eingehalten worden. Es seien auch Vertreter/innen der Opferverbände und der Gedenkstätten eingeladen. Die Anmeldesituation sei gemischt. Der Leiter der Landeszentrale, Gill, hätte die Einladung anders formuliert, wenn er eingeladen hätte. SenBildJugFam sei nicht glücklich mit der Formulierung, diese sei aber nicht rechtswidrig.

Tommy Tabor (AfD) möchte wissen, wie der Senat dazu stehe, dass die Opferverbände die Einladungspraxis kritisierten. Wie stehe der Senat zu dem agitatorischen Charakter?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) erwidert, dass nicht die Opferverbände dies kritisierten, sondern einzelne Personen. Mehrere Vertreter/innen seien Teil der Tagung.

Roman Simon (CDU) signalisiert viel Verständnis für die Streiks des Erziehungspersonals angesichts der Blockadehaltung der Arbeitgeberseite bei den Tarifverhandlungen. Wie erkläre sich die Handlungsweise des Senats in den Tarifverhandlungen über den Abschluss des TVL vor dem Hintergrund des einstimmigen Beschlusses des Abgeordnetenhauses, wonach Sozial- und Erzieherberufe deutlich aufgewertet und die Einkommen verbessert werden sollten?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) meint, es sei nicht ungewöhnlich, dass Tarifverhandlungen durch Streiks begleitet würden. Von einer Blockadehaltung der Arbeitgeberseite wisse sie nichts. Dem Finanzsenator seien alle Beschlüsse bekannt. Diese flössen in die Verhandlungen ein. An der TdL seien auch die anderen Länder beteiligt, es sei ein Gesamtpaket zu machen.

Andreas Wild (fraktionslos) nimmt Bezug darauf, dass der Senat große Teile des milliardenschweren Budgets für den Schulneubau und -umbau in Zuschnitte nach Montessori-Weise bauen wolle. Sollte die Öffentlichkeit darüber informiert werden, auf welche Art dies dezidiert geschehen solle? Denn der Durchschnitt der Schüler in Berlin sei nicht mit dem Durchschnitt der Schüler in Montessori-Schulen vergleichbar.

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) erwidert, da gehe mehreres durcheinander. Er – Redner – habe sich bei einer Veranstaltung in Steglitz geäußert. Dabei sei es um eine konkrete Schule gegangen; dazu gebe es eine Broschüre. Dort finde man die Beschreibung

von Foren, großen Lernräumen, Integrations-, Inklusionsräumen usw. Steglitz-Zehlendorf denke an eine Gemeinschaftsschule, die u. a. nach Montessori arbeite, im Osteweg. Es bestehe kein Zusammenhang mit den Bauprogrammen des Senats.

Andreas Wild (fraktionslos) entgegnet, dass derzeit nur Montessori-Schulen die offene Bauweise nutzen. Plane der Senat Schulen, die keine geschlossenen Klassenzimmer mehr hätten?

Staatssekretär Mark Rackles (SenBildJugFam) stellt klar, dass Räume mit Türen gebaut würden. Grundsätzlich würden weitere und teilbare Räume pädagogisch favorisiert. Diese allgemeine pädagogische Tendenz habe man in den Lern- und Teamhäusern abgebildet. Lichte, große, freie Räume seien zeitgemäßer als der klassische 50-m²-Raum.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) teilt mit, dass am 22. Februar das Kita-Spitzengespräch fortgesetzt werde. Es gehe um die eingeleiteten Maßnahmen.

Roman Simon (CDU) fragt, ob darüber gesprochen werde, dass bestimmte Maßnahmen verschoben werden sollten.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bejaht dies. Die vierte Stufe werde Personal binden. Darüber werde im Hinblick auf die Bereitstellung von Plätzen gesprochen.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0739
Unabhängige Ombudsstelle für Kindertagesstätten,
Kindertagespflegestellen und Einrichtungen zur
Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern | 0111
BildJugFam
Haupt |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Unabhängige Ombudsstelle für Kindertagesstätten,
Kindertagespflegestellen und Einrichtungen zur
Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern
(auf Antrag der Fraktion der FDP) | 0147
BildJugFam |

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses
Rote Nummer 1529

[0196](#)
BildJugFam

1) Bericht SenFin – II C/ESD – vom 23.09.2018
**Zentrale Stelle für Rahmenvertrags- und
Entgeltverhandlungen im Land Berlin – Entgeltstelle
Soziale Dienstleistungen –
hier: Fortschreibung des Monitoringberichts und
Ergebnisse der Analyse der Fallzahlensteigerungen
im Bereich Hilfen zur Erziehung im Bezirk
Marzahn-Hellersdorf**
(UABez 0019 B)

2) Schlussbericht SenBildJugFam – III D 16 – vom
23.05.2018
**Mehraufwand im Bericht Hilfen zur Erziehung –
Hilfen zur Erziehung und personeller und
finanzieller Aufwand für die Bezirke durch
unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**
gemäß Auflage A. 19 Abs. 6 – Drucksache 18/0700
zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 A)

3) Bericht SenBildJugFam – III D 12 – vom 18.06.2018
**Zielvereinbarung über das Fachcontrolling bei
Hilfen zur Erziehung**
hier: Ausgaben und Fallzahlen
gemäß Auflage A. 19 Abs. 2 – Drucksache 18/0700
zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 D)

4) Schlussbericht SenBildJugFam – III D 16 – vom
20.08.2018
**Stand der Umsetzung der Zielvereinbarung über das
Fachcontrolling bei Hilfen zur Erziehung**
gemäß Auflage A. 19 Abs. 1 – Drucksache 18/0700
zum Haushalt 2018/2019
(Rote Nummer 1190 F)

Katrin Seidel (LINKE) sagt, man habe sich für die Stellungnahme Zeit genommen, um die Ergebnisse von Arbeitsgruppen einfließen zu lassen. Die Koalitionsfraktionen hätten die Stellungnahme einvernehmlich entwickelt. Es müsse mehr um Präventionsstrategien im Vorfeld und Nachgang von HzE-Maßnahmen gehen. Der präventive Ansatz müsse deutlicher hervor gehoben werden als bisher. Wesentlich seien die Schnittstellen zwischen den HzE und den Regelanbietern. Die bestehenden Kooperationen müssten weiter gefördert und unterstützt werden. Positiv hervorzuheben sei für den Bereich der RSDs das von SenBildJugFam und SenFin vorgelegte Eckpunktepapier. Man wolle eine Zumessung von 1:65 in allen Bezirken

haben. Es müsste niedrighschwellige Angebote als Verselbständigungsleistung im Wohnbereich mit geringer pädagogischer Betreuung geben. Das Angebot für die Schwierigen sei als Modellphase gestartet. Es solle im nächsten Haushalt verstetigt werden. Wie hoch seien die Fallzahlen?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, wesentlich sei, dass die Steuerung der Sozialausgaben weiterhin ein bedeutendes Thema bleiben werde. Die Entwicklung der Zahlen könne noch nicht dargestellt werden, weil die Ergebnisse von 2018 noch nicht vorlägen.

Roman Simon (CDU) kritisiert die Verwendung der Formulierung „hohe Priorität“ auf Seite 2 der Stellungnahme; „hohe“ sollte gestrichen werden. Es sei richtig, wenn zuerst mit Wohnungsbaugesellschaften des Landes Modelle entwickelt und erprobt würden. Bei Wohnungsbaugenossenschaften gebe es ein offenes Ohr für Derartiges. Es sei falsch, die Wohnungsbaugenossenschaften nicht anzusprechen. Auch andere Anbieter von Wohnraum sollten angesprochen werden.

Katrin Seidel (LINKE) erklärt, dass mit der Stellungnahme Empfehlungen aus den Berichten der Jugendverwaltung aufgenommen worden seien. Wenn man etwas positiv festgestellt habe, sollte die regelhafte Einführung geprüft werden. Die von ihrem Vorredner angeregte Ergänzung könnte eingearbeitet werden.

Roman Simon (CDU) schlägt vor, eine Formulierung zu ändern, um Missverständnisse auszuschließen. – Zunächst sollte das Ergebnis der Prüfung abgewartet werden.

Katrin Seidel (LINKE) erwidert, es sollte bei der Formulierung bleiben.

Der **Ausschuss** beschließt die geänderte Stellungnahme an den Hauptausschuss (siehe Beschlussprotokoll).

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/0339

Für Chancengleichheit – Beste Bildung schon vor der Schule

[0056](#)
BildJugFam
Haupt

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 06.09.2018

Paul Fresdorf (FDP) meint, die Anhörung sei interessant und umfangreich gewesen. Erfriischend sei der vielfältige Zuspruch zur Idee der FDP-Fraktion gewesen, vorschulische Bildung auch in der Kita vorzubringen. Er freue sich auf die Zustimmung der Koalitionsfraktionen zu dem Antrag. Die Kinder sollten früher fit gemacht werden für Bildung. Man müsse so früh wie möglich ansetzen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bestätigt, dass frühkindliche Bildung wichtig und richtig sei. Allerdings sei es nicht der geeignete Weg, die Kita zur Vorschule zu machen. Die Ko-

alitionsfraktionen wollten das bestehende System qualitativ weiterentwickeln, aber nicht so, wie die FDP dies wünsche.

Hildegard Bentele (CDU) erklärt, dass der Antrag die Vorziehung der Schulpflicht auf das 5. Lebensjahr beinhalte. Nach dem 0. Schuljahr solle es sogar einen Abschluss als Voraussetzung für die Einschulung geben. Man habe die Einschulung aus guten Gründen auf ein höheres Alter verschoben. Ihre Fraktion bedauere weiterhin die Abschaffung der Vorschule. Allerdings fehlten Personal und Räumlichkeiten für eine Wiederherstellung. Kinder mit großen sprachlichen Problemen sollten 18 Monate vor der Einschulung in die Kita. Leider gebe es Probleme in der Umsetzung. Die gesetzlichen Vorgaben müssten endlich umgesetzt werden.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) stellt zur Diskussion, welche Folgen ein nicht erfolgreicher Abschluss hätte. Wann würde das Kind dann eingeschult? Möglicherweise würden diese Kinder nie beschult. – Man habe in Berlin ein gutes System.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erwidert, dass die derzeitige Situation untragbar sei. Die FDP wolle die unbefriedigende Situation nicht länger hinnehmen. Der Übergang zur Schule sei nicht zufriedenstellend. Die Kooperation der Kitas mit den Grundschulen könne nicht stattfinden, weil die Grundschulen keine zeitlichen Kapazitäten dafür hätten. In den Kitas sei unklar, was in dem Jahr vor der Schule an verbindlichen Kompetenzen beigebracht werden solle. Um Klarheit über die verbindlichen Fähigkeiten zu schaffen, müsse man weiter gehen als das Berliner Bildungsprogramm. Richtig wäre ein Vorschuljahr an den Kitas. Juristisch benötige man eine Ausweitung der Schulpflicht, um Verbindlichkeit herzustellen. Man könne die Situation nicht so belassen. Hierbei gehe es um die entscheidende Gerechtigkeitsfrage. Diese werde schon vor Schuleintritt entschieden.

Tommy Tabor (AfD) sagt, er befürworte den FDP-Antrag. 39 Prozent der Fahrschüler fielen durch, weil sie sich nicht konzentrieren könnten. Der momentane Stand bei den Jugendlichen sei so schlecht, dass man so früh wie möglich damit anfangen müsse, sie fit zu bekommen, damit sie nach der Schule alltagstauglich seien.

Hildegard Bentele (CDU) fragt, mit welchem Personal die FDP-Fraktion die Schulpflicht in der Kita umsetzen wolle. Man brauche eine richtige Vorschularbeit. Trotz grundsätzlicher Sympathie für das Anliegen – so sei dieses nicht umsetzbar.

Regina Kittler (LINKE) bemängelt die ausstehende Stellungnahme dazu, was mit den Kindern ohne Abschluss geschehen solle. Es gebe auch Fördermöglichkeiten in der Schule. Es gebe einen Bildungsauftrag für die Kitas. Kinder, die den Sprachtest nicht bestünden, erhielten eine Förderung. Dies müsse der Weg sein.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, wie die Vermischung von Schule und Kita funktionieren solle. Der Antrag werde der Sachlage nicht gerecht.

Katrin Seidel (LINKE) wundert sich über den Antrag, wonach das Kitasystem aufgelöst und neu entwickelt werden müsste. Dies wollten die Koalitionsfraktionen nicht. Es treffe nicht zu, dass nirgendwo etwas funktioniere. Die Finanzierung der Kitaplätze sei an die Anwendung und Umsetzung des Bildungsprogramms gekoppelt. – Der zukünftige Bildungserfolg zeige

sich nicht erst im letzten Jahr vor der Schule. Es gehe um frühestmögliche Förderung über mehrere Jahre hinweg.

Paul Fresdorf (FDP) erklärt, es gehe um die Kinder, die man jedes Jahr verliere und die man durch das System als kleine Bildungsverlierer durchziehe. Er biete an, den verpflichtenden Test am Ende herauszunehmen. Es gehe um viel mehr als nur Sprache, es gehe um den erforderlichen Kompetenzerwerb, um Unterricht folgen zu können. Wenn in den ersten zwei Jahren ein nicht beschulbarer Flohzirkus gebändigt werden müsse, habe man große Probleme in der Schuleingangsphase. Im Wedding habe er mit vier Schulleiter/innen gesprochen, die gesagt hätten, was die FDP fordere sei das, was benötigt würde. Öffentlich sagten die Betroffenen dies aber nicht, weil es gegen die Senatslinie sei und sie Nachteile zu befürchten hätten. Man bekomme unbeschulbare Kinder in die Schule, wodurch das ganze System überlastet werde. Es sei fatal, weiterzumachen und zu sehen, was daraus werde. Dies werde dazu führen, dass dieses Land abgehängt werde und bleibe. Diese Gerechtigkeitslücke müsse endlich geschlossen werden, der Bildungserfolg müsse von der sozialen Herkunft abgekoppelt werden. Dies sei in 23 Jahren SPD in diesem Ressort nicht gelungen.

Hildegard Bentele (CDU) sagt, sie höre oft Forderungen nach Wiedereinrichtung der Vorschule. Dies sei aber sehr schwer, weil man Personal und Räume nicht mehr habe. Grundschulen sollten prüfen, eine 0. Klasse einzurichten. Kitas sollten verbindliche Vorschulgruppen bilden. Aber niemand wolle die Schulpflicht ab dem 5. Lebensjahr.

Dr. Ina Maria Czyborra (SPD) stellt fest, dass die Vorschule nicht verbindlich gewesen sei. Sie habe die Kinder, von denen Abg. Fresdorf rede, nie erreicht. Sie habe bestimmte bildungsnahe Familien erreicht. Was dort geleistet worden sei, leiste heute eine gute Kita in mehreren Jahren nebenbei.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erinnert daran, dass man darüber, ob ein Kitasystem verpflichtend gemacht werden könne, bereits diskutiert habe. Die Vorschule sei nicht verbindlich gewesen, sondern freiwillig. Alle wollten frühkindliche Bildung in Kindertageseinrichtungen, man müsse sich anstrengen, damit das System dies bewältigen und ermöglichen könne. Die Fähigkeit, Wissen aufzunehmen und sich Bildung aneignen zu können, sei mit dem ganzheitlichen Bildungsansatz im Berliner Bildungsprogramm intendiert. Senatorin Scheeres habe vor Kurzem das Qualitätspaket Schule vorgestellt, in dem auch die Übergänge zwischen Kita und Schule betrachtet worden seien. Dabei solle der Grundwortschatz der Grundschule der Zielmaßstab sein. Der Zahlenraum bis 20 solle in der Kita erschlossen werden. Sie habe nicht den Eindruck, dass es keine Kooperationsanstrengungen zwischen Schule und Kita gebe. Viele Kitas und Grundschulen tauschten sich im Vorfeld bezüglich der Kinder aus. Die Schnittstellen und Übergänge seien sehr wichtig. Im letzten Jahr vor der Schule seien über 95 Prozent der Kinder in der Kita. Man wolle auf 100 Prozent kommen.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0034](#)
BildJugFam
**Zusammenarbeit und Kooperation von Jugendhilfe,
Psychiatrie und Schule**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.10.2018

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) meint, die Anhörung sei sehr interessant gewesen. Das Papier zur Verbesserung der Zusammenarbeit finde sie gelungen. Sie habe im Nachgang mit den beteiligten Kinder- und Jugendpsychiatern gesprochen. Es gebe noch weiteren Entwicklungsbedarf. Sie wünsche Aufschluss über den neuesten Stand der Entwicklung. Insbesondere gehe es um die Reintegration, die Beteiligung von Gesundheit bei der Schulhilfeplanung. Es gebe Weiterentwicklungsbedarf. Teilweise fehle noch ein inklusiver Blick.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt aus, dass Beschulungsmöglichkeiten bzw. das Halten der Verbindung zu Kindern, die im Regelunterricht nicht beschulbar seien, die aber nicht aus den schulischen Kontexten herausfallen sollten, wesentlich seien. Dafür seien temporäre Lerngruppen explizit benannt worden. Um keine Drehtüreffekte zwischen psychiatrischer Versorgung und Jugendhilfe zu schaffen, sei Wert auf eine frühzeitige und gute fachliche Abstimmung und Kommunikation gelegt worden. Je früher man derartige Kontexte mit besonderem Förderbedarf erkenne und darauf eingehe, umso effektiver könne diesbezüglich geholfen werden. Schwächen könnten zu Lernunlust und dazu führen, dass Schulverweigerung auftrete. Solches müsse möglichst früh angegangen werden. Dazu seien Maßnahmen insbesondere durch das Qualitätspaket Schule dargestellt worden. In den SIBUZen könne auch die Einzelfallförderung forciert werden. – Die Koordinierungsstelle für komplexe Hilfebedarfe sei erst 2018 entstanden und habe nunmehr ihre Arbeit aufgenommen. Dort seien schon 10 Fälle von 11- bis 13-Jährigen bearbeitet worden. Die Finanzierung solle verstetigt werden.

Klaus Jürgen Heuel (SenBildJugFam) führt aus, dass man in der Kinder- und Jugendpsychiatrie 405 Plätze bzw. Betten für die stationäre Behandlung habe. Die Aufnahme erfolge zwecks vertiefter psychiatrischer Diagnose. Die Kinder würden beschult; dabei arbeiteten das medizinische Personal und die Lehrkräfte intensiv zusammen. Täglich erfolgten Konsultationen. Nach spätestens drei Monaten erfolge in der Regel die Reintegration. Der Kontakt zur Stammschule bleibe erhalten. Am Ende der Krankenhauszeit gebe es einen Bericht der Krankenhausschule an die Stammschule über Lerninhalte und psychische Entwicklung. Im Normalfall erfolge die Rückkehr an die Stammschule in den Regelunterricht. Ein Teil der Patienten könne noch nicht in die Stammschulen zurückkehren. Für diese habe man 125 Plätze in Nachsorgeklassen. Dort könne man bis zu zwei Jahren bleiben. Aus räumlichen Gründen reiche die Platzzahl nicht aus. In jedem SIBUZ habe man eine Beratungslehrkraft, die den Übergang gestalte. Ggf. werde ein neuer Schulplatz gesucht. – Permanent würden 730 Plätze in sonderpädagogischen Kleinklassen vorgehalten. Dort verblieben die Schüler bis zu zwei Jahren. Ein Ausbau sei geplant, dafür würden Haushaltsmittel beantragt.

June Tomiak (GRÜNE) betont, dass die Entwicklung positiv sei. Frühe Prävention sei sehr wichtig.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) bemerkt, dass eine hohe Zahl von Kindern für mindestens drei Monate in der Psychiatrie aufgenommen werde. Der Landesbeirat für psychische Gesundheit und die Ober-AG KJPP würden sich über eine größere Einbeziehung in den Bereichen Schule und Jugend freuen.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) sagt, man wolle so früh wie möglich Schwierigkeiten erkennen und die Betroffenen fördern, damit sie nicht in die Psychiatrie müssten. Die Verzahnung müsse auch in der Ausrichtung der Angebote eng funktionieren. Man werde die Fachlichkeit der Kinder- und Jugendpsychiatrie in die Jugendhilfe und die Koordinierungsstelle hineinnehmen.

Klaus Jürgen Heuel (SenBildJugFam) hebt die gute und häufig gelingende Kooperation auf Arbeitsebene mit den Fachkräften aus dem Gesundheitsbereich hervor. Allerdings sei man seit 2016 zu keinen weiteren Gesprächen mit dem Landespsychiatriebeirat gebeten worden.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.